

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Annelie Buntenbach  
Geschäftsführender Bundesvorstand  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**Kundgebung zum 1. Mai  
DGB Bielefeld**

**Bielefeld, 1. Mai 2010**

Anrede

Ich freue mich sehr, heute mit Euch hier in Bielefeld sein zu können – schön, dass so viele gekommen sind, um mit uns am 1. Mai zu demonstrieren!

In den letzten Wochen geistern immer wieder Meldungen über die Belebung von Export und Wirtschaft durch die Presse – beruhigen kann das nicht. Wir befinden uns im Jahr Drei der Krise. Und das wird ganz sicher das schwierigste. Noch halten sich die Folgen der Finanzkrise auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen in Grenzen.

Dafür – das dürfen wir in aller Bescheidenheit behaupten – haben wir hart gearbeitet: Konjunkturprogramm, Kurzarbeit oder der – wenn auch löchrige – Schutzschirm für die Arbeitslosen- und Krankenversicherung – all das wäre ohne den Einsatz von DGB und Gewerkschaften so sicher nicht denkbar gewesen.

Die Gewerkschaften sind gefragt wie nie. Auch in diesem Jahr.

Dabei geht es einmal um die Sicherung der Arbeitsplätze. Ich hoffe sehr, dass die Beschäftigungsbrücke Kurzarbeit weiter trägt. Kurzarbeit ist besser als Arbeitslosigkeit, gar keine Frage – aber das heißt auch, dass die Kolleginnen und Kollegen bis zu 40 % Einkommen einbüßen.

Deshalb brauchen wir mehr, um Beschäftigung zu sichern. Wir brauchen Investitionen in Arbeit. In gute Arbeit. Und eine gerechte Verteilungspolitik.

Jedes Konjunkturprogramm läuft ins Leere, wenn es nicht gelingt, die Kaufkraft der Menschen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken.

Auch und gerade in der Krise geht es darum, für gute Tarifabschlüsse zu kämpfen, die Beschäftigung und Einkommen sichern und die den Niedriglohnbereich zurückdrängen!

Dafür brauchen wir Mindestlöhne, die dem Abrutschen des Arbeitsmarkts nach unten endlich einen Riegel vorschieben. Und zwar existenzsichernde Mindestlöhne, nicht unter 8,50 Euro, die müssen endlich ins Gesetzblatt!

Das ist die Untergrenze, das werden wir, da bin ich sicher, auch auf dem DGB-Kongress Mitte Mai so beschließen. Aber auch das kann uns noch lange nicht reichen:

Mindestlöhne sind das Mindeste – wir brauchen gutes Geld für gute Arbeit, das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Wo bleibt denn die Gerechtigkeit, wenn die Beschäftigten, die ja den Reichtum in diesem Land schaffen, seit Jahren Reallohnverluste einstecken müssen?

Wenn Erzieherinnen, Krankenpfleger, AltenpflegerInnen, all diejenigen, die mit Dienstleistungen am Menschen eine ausgesprochen verantwortungsvolle Arbeit machen, davon kaum über die Runden kommen können?

Da macht es mich einfach zornig, dass ein Herr Ackermann im vergangenen Jahr wieder 9,5 Millionen Euro eingesteckt hat. Die Deutsche Bank hat diese Woche ihren Bericht für das erste Quartal 2010 vorgelegt. 2,8 Mrd. Euro vor Steuern. Renditesteigerung 30 %. 80 % davon aus dem Geschäftsbereich Investmentbanking.

Das Casino ist längst wieder eröffnet. Und das Spielgeld stellen wir. Mit 480 Mrd. Euro, die wir Steuerzahler allein den Banken hinterhergeworfen haben. Und mit zig Milliarden mehr, die nötig waren und sind, um die Krise halbwegs abzufangen.

Bei der Finanzkrise geht es um die Gier einzelner Manager, keine Frage, aber es geht um viel mehr: Die Politik hat das Ganze doch erst möglich gemacht, dass alles gehandelt werden kann, was nicht niet- und nagelfest ist, dass man auf Kredite auch Wetten abschließen kann und auf die Wetten nochmal wetten.

Die Griechenlandkrise hängt ja genau damit zusammen, dass hier auf Staatsbankrott noch gewettet werden kann, sich die Spekulanten eine goldene Nase verdienen und Rating-agenturen dem Land noch den Rest geben. Von wegen vergnügungssüchtiges Volk!

Europa, auch Deutschland, darf sich aus der Verantwortung für Griechenland nicht herausziehen, je länger Frau Merkel wartet, desto mehr verdienen die Spekulanten.

Aber: Zur Griechenlandhilfe müssen unbedingt die Banken zahlen! Und: Der Profitgier und der hochriskanten Spekulation à la Goldman-Sachs u. a. muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Politik darf nicht länger zögern, sie muss endlich klare und verbindliche Regeln am Finanzmarkt setzen und auch durchsetzen. Sonst rutschen wir mit Karacho in den nächsten Crash, das sieht doch jetzt schon jeder, der hinschaut – und der wird noch bitterer werden.

Wir müssen energisch dafür streiten, dass die Kosten der Krise – da kommt das dicke Ende ja noch – nicht bei uns abgeladen werden. Die Kosten der Krise sollen die Profiteure und die Verursacher zahlen!

Anrede,

Ministerpräsident Rüttgers hat scharfe Einschnitte angekündigt, nach der Landtagswahl. Genau wie der Bundesfinanzminister. Aber dann kommen nur noch düstere und kryptische Andeutungen – statt klar zu sagen: Was soll passieren? Wo wird gekürzt? Wer soll die Suppe auslöffeln? Wenn ich mein Kreuz auf dem Wahlzettel mache, will ich doch genau das wissen!

Ein Wahlkampf, in dem die Regierung versucht, so zentrale Fragen unter der Decke zu halten, ist ein Beitrag zur Politikverdrossenheit. Da soll der Souverän die Katze im Sack kaufen – ich finde, die Wählerinnen und Wähler haben mehr Respekt verdient.

Wir können froh sein, dass die Landtagswahl in NRW in acht Tagen ist und nicht erst im November, sonst würde Schwarz-Gelb sicher noch bis November weiter herumeiern, bei der Gesundheit, bei den Steuern, bei allem.

Zumindest die FDP macht allerdings aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Sie legt ihr Programm auf den Tisch, und das heißt:

1. Steuern senken, 2. Steuern senken, 3. wie die andern beiden.

Ich habe da mal ein paar Fragen.

Was ist denn mit der Rekord-Nettoneuverschuldung? Den Milliarden an Steuergeldern, die in abstürzende Banken gesteckt worden sind? Was ist mit den leeren Kassen bei den Städten und Kommunen, die wir so schmerzhaft an jeder Ecke zu spüren kriegen? Was ist mit den Investitionen in Bildung? Was ist mit den Defiziten der Sozialversicherungen? Und die Griechenlandkrise?

Vielleicht habt Ihr ja noch ein paar Fragen mehr – mein Fazit jedenfalls ist: Steuersenkungen können wir uns definitiv nicht leisten, wir brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat! Solche Steuersenkungsorgien sind nichts anderes als noch einmal rasante Umverteilung von unten nach oben!

Unsere Gesellschaft ist jetzt schon tief gespalten, und das nicht erst durch die Krise.

Durch die Arbeitsmarktreformen sind die Weichen in Richtung Niedriglohn gestellt worden, inzwischen arbeiten 22 % im Niedriglohnbereich, also fast jeder Vierte, viele zu Löhnen, von denen man nicht leben kann.

Viele sind aus der Sozialversicherung herausgedrängt worden in Minijobs, in unsichere Selbständigkeit, insbesondere Frauen. Leiharbeit hat in den letzten Jahren immens zugenommen.

Ich kenne viele Kollegen, gerade aus Metallbetrieben, die ihre Arbeit verloren haben, um sich dann kurz danach über eine Leiharbeitsfirma an derselben Stelle wiederzufinden – aber mit einem Drittel weniger Lohn und ohne Absicherung.

Keine andere Branche hat in der Krise so massiv entlassen wie die Leiharbeit, fast ein Drittel der Beschäftigten sind auf die Straße gesetzt worden. Die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse dauern nicht einmal drei Monate, und die Löhne sind so miserabel, dass jeder achte Leiharbeiter auf Hartz IV angewiesen ist, weil der Lohn nicht reicht.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen wieder in den Schutz der Sozialversicherung geholt werden. Wir wollen keine Arbeitsverhältnisse zweiter Klasse – wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

All das können wir nur durchsetzen, wenn wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wenn wir nicht alle verlieren wollen, müssen wir ganz bewusst den Schulterschluss organisieren zwischen den noch (!) vernünftig abgesicherten und den prekär Beschäftigten und gemeinsam versuchen, die Arbeitsbedingungen und Löhne zu verbessern.

Das Lohndumping muss gestoppt werden, sonst wird der nächste Aufschwung allein im Niedriglohnbereich stattfinden.

Der Druck nach unten hat jetzt schon dazu geführt, dass immer öfter Löhne völlig unter der Grasnabe gezahlt werden, dass Schulbusse bei „Sonnenschein“ und bei „Pader“ für weniger als 2 Euro, höchstens 4 Euro die Stunde gefahren werden.

Ich finde das nach wie vor unglaublich!

Natürlich ist das sittenwidrig, ver.di hat dagegen geklagt, ist auch auf gutem Weg. Aber das ist leider nur die Spitze des Eisbergs. 1,3 Millionen Menschen verdienen so wenig, dass sie zusätzlich zu ihrem Lohn noch Arbeitslosengeld II beantragen müssen.

Armut trotz Arbeit ist ein Skandal, gerade in einer so reichen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland.

Dass die Hartz-IV-Regelsätze nicht vor Armut schützen, hat inzwischen auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt – eine schallende Ohrfeige für die Politik, die uns und viele andere trotz zahlloser Daten und Fakten jahrelang hat ins Leere laufen lassen.

Deswegen war es gut, dass wir vonseiten der Gewerkschaften auch eine der Klagen beim Bundesverfassungsgericht unterstützt haben.

Jetzt ist amtlich bestätigt: Auch Kinder, die auf Hartz IV angewiesen sind, haben ein Recht auf vernünftige Startchancen in ihr Leben! Inzwischen müssen mehr als zwei Millionen mit Hartz IV aufwachsen, in Berlin jedes dritte Kind! Jetzt ist die Zeit der Sonntagsreden vorbei, wir brauchen hier endlich echte Verbesserungen, und dafür werden wir auch kämpfen!

Seit PISA haben wir es schriftlich: In Deutschland hängen die Bildungschancen der Kinder direkt von der sozialen Herkunft ab – weit mehr als in anderen europäischen Ländern. Wer nicht gerade mit einem silbernen Löffel im Mund geboren wird und wo Mutter oder Vater aus der Türkei, Italien, Griechenland oder woher auch immer zugewandert sind, der oder die kann noch so gute Schulnoten haben, da sieht es mit der Chance auf einen Ausbildungsplatz noch schlechter aus. Das ist zutiefst ungerecht!

Wir werden uns nicht damit abfinden, wenn Armut und Ausgrenzung vererbbar werden!

Die Absicherung bei Arbeitslosigkeit trägt immer weniger Menschen: Der Absturz kann schnell und tief sein, wenn Quelle schließt oder Opel entlässt.

Nach einem Jahr geht es dann spätestens ans Eingemachte und viele müssen all das, was sie sich aufgebaut haben, aufbrauchen, bevor sie ins Arbeitslosengeld II fallen. Jeder Dritte, der arbeitslos wird, rutscht inzwischen direkt in Hartz IV ab. Wir brauchen deshalb dringend eine bessere Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit!

Die Angst davor, die Verunsicherung wirkt bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein. Viele trauen sich gar nicht mehr, im Betrieb noch für ihre Interessen offen einzutreten, weil sie Angst haben, ihren Job zu verlieren und abzustürzen.

Wenn aber der aufrechte Gang zur Mutprobe wird, nimmt die Demokratie Schaden! Im Betrieb und in der ganzen Gesellschaft!

Ich bin der Meinung, dass die deutsche Demokratie nicht am Hindukusch verteidigt wird, sondern hier auf den Straßen und in den Betrieben von denjenigen, die entschlossen sind, sich und andern die Würde nicht nehmen zu lassen!

Gestern war ich bei den streikenden Kollegen von Westerwelle-Beton in Herford. Die setzen sich gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft, der IG BAU, dagegen zur Wehr, dass sie unter Tarif bezahlt werden. Jetzt sind sie gekündigt worden, weil sie einen Betriebsrat gründen wollen. Dabei ist das ihr ureigenstes demokratisches Recht, das wird das Gericht auch feststellen, die IG BAU hat natürlich geklagt.

Aber was diese Betonköpfe von Westerwelle da mit den Kollegen veranstalten, ist einfach eine Sauerei! Die versuchen nach Wildwestmanier, sich den Weg freizuschießen. Gewerkschaftsfrei. Das werden wir nicht zulassen. Wir wollen alle Betriebe betriebsratsverseucht!

Von hier aus unsere solidarischen Grüße an die streikenden Kollegen von Westerwelle!

Sich politikverdrossen und entmutigt zurückzuziehen oder nur noch am Stammtisch zu schimpfen, hilft nämlich nichts – sich einmischen, das ist die richtige Antwort! Sonst überlässt man das Feld denen, die versuchen, die Unzufriedenheit der Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, der extremen Rechten.

Das Verbot der NPD ist überfällig, auch Pro NRW und andere dürfen keinen Fuß auf den Boden bekommen.

Da können wir alle am Montag zu beitragen – da will Pro NRW hier eine Kundgebung machen, im Durchflug zwar, denn hier haben sie glücklicherweise nichts an den Füßen, aber auch das darf ihnen nicht gelingen.

Gut, dass sich hier sofort ein breites Bündnis zusammengefunden hat, wenn Pro NRW kommt, kommen wir auch! Montag um 13 Uhr am Jahnplatz!

Wir dürfen den Neonazis keinen öffentlichen Raum lassen – nicht bei Veranstaltungen, nicht bei Aufmärschen, nirgendwo.

Ausgerechnet die, die die Gewerkschaften 1933 zerschlagen haben, die das Führerprinzip auch im Betrieb wollen, für die Menschen- und Bürgerrechte, für die Arbeitnehmerrechte absolute Fremdworte sind, die wollen jetzt auch noch die soziale Frage okkupieren, die Verunsicherung der Menschen auf ihre Mühlen lenken! Das werden wir nicht zulassen, hier heißt es glasklare Kante zeigen!

Aber lasst mich noch einmal auf Hartz IV zurückkommen: Wir haben alle noch das Westerwelle-Unwort von der „spätromischen Dekadenz“ im Ohr, mit dem er leider nicht die Reichen gemeint hat, die von unserer Arbeit statt von ihrer eigenen leben.

Unter der falschen Überschrift „Leistung muss sich wieder lohnen“ versucht Westerwelle, die Armen mit Arbeit gegen die Armen ohne Arbeit auszuspielen – oder glaubt hier irgendjemand, dass das, was bei Hartz IV gestrichen würde, auf dem Konto derjenigen mit den niedrigen Löhnen landen würde? Ich jedenfalls nicht!

Es sind doch die Arbeitgeber, die in die Hartz-IV-Kassen greifen, um die Hungerlöhne, die sie ihren Beschäftigten zahlen, aus Steuermitteln aufzustocken! Das ist das der eigentliche Missbrauch von Hartz IV. Dieser Missbrauch muss endlich beendet werden!

Wer aber wie die FDP den Weg in den Steuersenkungsstaat gehen will, wer Hungerlöhne auf dem Arbeitsmarkt weiter zulässt und Lohndumping mit Steuergeldern fördert, wer die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufmacht – der will eine andere Gesellschaftsordnung.

Denn so wird der Sozialstaat in den Ruin getrieben – und Staat heißt keineswegs nur Bürokratie: Staat bedeutet soziale Sicherheit, bedeutet Infrastruktur, bedeutet Kita, Schule und Universität, bedeutet Krankenhäuser, Büchereien und Schwimmbäder, bedeutet Kunst und Kultur. Kurz: Sozialstaat bedeutet auch Freiheit, Freiheit von Existenzangst

Mit der Steuersenkungspolitik der FDP soll der Staat ausverkauft werden, die Daseinsvorsorge und die soziale Sicherheit werden den Interessen des „Marktes“ überlassen. Und was diese „Märkte“ so anrichten, hat der Beinahe-Kollaps der Weltwirtschaft ja eindrücklich gezeigt. Markt ohne Regeln fährt nämlich vor die Wand. Wenn es das ist, was der FDP-Vorsitzende mit „geistig politische Wende“ meint, kann er mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen!

Vielleicht sollten sie sich mal um das kümmern, wovon sie immer behaupten, Ahnung zu haben: die Wirtschaft. Aber diese ach so wirtschaftsfreundliche Regierung schafft es ja, mitten in der Krise mutwillig einen der ganz wenigen Wirtschaftszweige abzuwürgen, in dem hunderttausende neue Arbeitsplätze entstanden sind und der ein wirklich hohes Zukunftspotenzial hat – die erneuerbaren Energien. Und das aus rein ideologischen Gründen – es könnte sich ja sonst rausstellen, dass man die AKWs wirklich abschalten könnte. Und genau das sollte man schleunigst tun!

Anrede,

das Ziel von Westerwelle und Co. ist ganz offensichtlich der Sozialhilfestaat – und dies ist längst nicht nur ein Schreckgespenst – er ist in Teilen schon Realität.

Die „Verhartung“ und die damit verbundene Verunsicherung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten schreitet voran. Ein Arbeitsplatz ist längst kein Garant mehr für soziale Sicherheit. Damit haben auch die Fundamente der Sozialversicherungen Risse bekommen.

Wie soll denn bei einem Stundenlohn von 3,86 Euro eine auskömmliche Rente herauskommen? Wie steht es um die soziale Absicherung gerade vieler Junger, die sich durch eine Unzahl von Praktika, von einem prekären Job zum anderen hangeln müssen? Oder wie ist es mit Langzeitarbeitslosen? Ganze 2,19 Euro kommen für ein Jahr Arbeitslosengeld II aufs Rentenkonto.

Uns droht morgen eine Welle von Altersarmut, wenn die Politik nicht heute umsteuert – und zwar mit Reformen am Arbeitsmarkt und bei der Rente.

Jahrelang haben wir uns anhören müssen: Die gesetzliche Rente ist von gestern, die Zukunft liegt in der Kapitaldeckung

Das war schon vor dem Finanzmarktcrash falsch, aber wer jetzt noch behauptet, das Roulette am Kapitalmarkt sei sicherer als die gesetzliche Rente, will uns für dumm verkaufen!

Alterssicherung zu privatisieren, ist der falsche Weg, die gesetzliche Rente ist besser als jede Privatversicherung. Aber: Sie ist inzwischen um bis zu 25 % gekürzt worden – Ergebnis der politischen Entscheidungen der letzten Jahre – das drückt viele, auch Durchschnittsverdiener, im Alter in die Grundsicherung.

Besonders getroffen sind diejenigen, die durch ihre Arbeit krank geworden und auf Erwerbsminderungsrente angewiesen sind.

Und die, die wenig verdient haben, gerade Frauen.

Eine Kollegin, die 40 Jahre vollzeit als Floristin gearbeitet hat und jetzt mit 65 in Rente gegangen ist, hat mir letztens ihren Rentenbescheid gezeigt: 632 Euro! Bei 40 Jahren Vollzeit! Das ist doch ein Skandal!

Wäre sie übrigens erst fünf Jahre später in Rente gegangen, hätte sie noch mal 15 Prozent weniger im Monat, weil dann die jetzt schon beschlossenen Rentensenkungen sie voll getroffen hätten. Das heißt 537,20 Euro im Monat.

Immerhin sie hat es noch bis zur 65 geschafft, die meisten sind ja lange vorher raus, weil sie gesundheitlich nicht mehr können oder keinen Job mehr haben.

Wir brauchen eine Rente, von der man im Alter auch in Würde leben kann, und wir brauchen abgesicherte Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente – und ganz bestimmt keine Rente mit 67! Da werden wir auch nicht lockerlassen.

2010 soll die Politik überprüfen, ob die wirtschaftliche und soziale Lage Älterer die 67 rechtfertigt. Das tut sie nicht, und Ihr könnt sicher sein, dass wir die Politik bei dieser Überprüfung nicht allein lassen werden.

Denn: Die Rente mit 67 muss vom Tisch – und zwar je früher desto besser.

Anrede

Die Sozialversicherungen – ich sagte es – bieten immer weniger Schutz, neben der Rentenversicherung auch die Arbeitslosenversicherung. Doch – sie funktionieren und sind alternativlos. Die großen Lebensrisiken Alter, Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Pflege, die kann niemand einzeln schultern, sondern dafür brauchen wir die Solidarität der Sozialversicherungen. Diese Solidarität müssen wir ausbauen!

Das gilt im Besonderen für die Gesetzliche Krankenversicherung. Hier läuft nicht alles glatt:

Es gibt große Ungerechtigkeiten, wie die krasse Benachteiligung von gesetzlich Versicherten gegenüber Kunden der privaten Versicherungsunternehmen.

Die gesamte Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist nicht nur einzigartig in der Welt – sie ist auch einzigartig unsinnig. Es gibt keinen Grund, warum sich ausgerechnet diejenigen, die ein besonders dickes Portemonnaie haben, der Solidarität entziehen können.

Aber statt die Solidarität auszubauen, setzt die Bundesregierung hier auf die Kopfpauschale. Und die ist – ob groß oder klein – das Gegenteil von Solidarität, denn die Kopfpauschale funktioniert nach dem Prinzip: je kleiner das Einkommen, desto größer die Belastung.

Da sollen die Sekretärin und der gutverdienende Abteilungsleiter die gleiche Kopfpauschale zahlen, und so ein kleiner Testballon, den der Gesundheitsminister losgelassen hat, von 29 Euro im Monat hat durchschlagende Wirkung. Z. B. ein Geringverdiener mit 1.000 Euro im Monat müsste dann mehr als ein Viertel mehr an Beitrag für seine Krankenversicherung aufbringen. Das Geld hat er nicht.

Die Kassen schätzen, dass 60 % ihrer Versicherten die Kopfpauschale nicht zahlen könnten. Und die würden dann als Bittsteller abhängig von staatlichen Zuschüssen. Und dafür braucht man dann – die Experten sind sich nicht ganz einig – zwischen 20 und 35 Mrd. Euro Steuergelder. Wir hams ja.

Anrede,

Wie kann man denn ernsthaft einen Systemwechsel betreiben, der nach den scheußlichen Erfahrungen mit dem riesigen Bedürftigkeitssystem Hartz IV als nächstes die „Verhartung“ des Gesundheitswesens bedeutet? Wo mindestens jeder Zweite in Zukunft, wenn er krank wird, nicht mehr beim Arzt, sondern beim Amt die Hose runter lassen muss? Das ist doch Wahnsinn!

Deswegen werden wir alles dafür tun, die Koalition von der Kopfpauschale abzubringen, sie ist ungerecht, unsozial und unsolidarisch.

Deshalb hat der DGB ein Aktionsbündnis „Köpfe gegen die Kopfpauschale“ ausgerufen. In wenigen Wochen haben sich da Wohlfahrts- und Sozialverbände, Frauen-, Jugend- und Migrantenverbände, gesundheitliche Interessenvertretungen und Online-Kampagnen-Dienste zusammengefunden. Das ist eine ganze Menge an Power – und das muss und wird noch mehr werden.

Zum Start Anfang der Woche hatten wir die Unterstützung von einer Reihe von Prominenten – Dieter Hildebrandt zum Beispiel, Günter Wallraff, den Kabarettisten Lothar Dombrowski alias „Georg Schramm“, den Comedian Fatih Cevikkollu.

Wir brauchen jeden klugen Kopf, um sich mit uns gegen die Kopfpauschale zu engagieren, da setze ich auf Euch!

Die Auseinandersetzung um die Kopfpauschale ist ein glasklarer Verteilungskonflikt – sowohl was die Finanzierung des Systems betrifft als auch die Folgen bei den Leistungen in der gesundheitlichen Versorgung: Schließlich plant die Koalition, den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren – und damit alle Kostensteigerungen ausschließlich bei den Versicherten abzuladen. Und wir zahlen ja jetzt schon den Löwenanteil.

Gegen eine solche Belastungswelle werden wir uns zur Wehr setzen. Dabei geht es ja neben der Kopfpauschale selbst nicht zuletzt um die Frage, welche Gesundheitsleistungen in Zukunft solidarisch finanziert oder womöglich ausgegliedert und privatisiert werden.

Dann geht es weiter in Richtung auf eine Zweiklassenmedizin in Deutschland, wo Gesundheit und langes Leben denen vorbehalten sind, die sie sich leisten können. Aber der Zugang zu qualitativ guten Leistungen im Gesundheitswesen muss für alle gewährleistet sein, das darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

Anrede,

Ich fürchte, das wird nicht die einzige Frage sein, wo wir Druck machen müssen – lasst mich eine noch nennen. Ich habe am Anfang gesagt, wir sind im Jahr Drei der Krise, das wird schnell vergessen. Das Jahr Drei ist das mit der Gretchenfrage: Wer zahlt die Rechnung?

Wenn der Markt ohne Regeln – und das hat die Krise ja gezeigt – vor die Wand fährt, kann es doch nicht sein, dass wir, die Unfallopfer für die Kosten aufkommen, obwohl ganz andere hinter dem Steuer gesessen haben!

Die Banken machen schon wieder irrsinnige Profite mit hochriskanten Papieren – Risiken eingehen ist ja auch nicht schwer, wenn der Steuerzahler einspringt, wenn's mal schief geht. Spekulanten verdienen sich eine goldene Nase mit ihren Wetten auf den nächsten Staatsbankrott.

Und wir sollen das zahlen mit immer schlechteren Löhnen, mit unserem Sozialstaat, mit der Zunahme von Armut und Ausgrenzung, leeren öffentlichen Kassen und handlungsunfähigen Kommunen?

Kommt überhaupt nicht in Frage, da gibt es andere, die erst einmal dran sind, in ihre Tasche zu greifen: Die erste Adresse sind die Profiteure und Verursacher der Krise. Wenn die Banken wieder Gewinn machen, muss der Steuerzahler sein Geld zurückbekommen! Und die, die wirklich was haben, sollen die Kosten der Krise übernehmen – über Vermögens- und Reichensteuer, Erbschaftssteuer, höheren Spitzensteuersatz.

Instrumente gibt es genug. Man muss nur wollen. Und tun!

Unsere Aufgabe, und das geht nur gemeinsam, mit Euch allen zusammen, wird es sein, die Idee, dass es oben was zu holen gibt, dass Umverteilung von oben nach unten geht und nötig ist, in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion und der Politik zu holen. Da hat der Patient doch langjährige Genickstarre!

Einfach wird das nicht, sicher, aber ich weiß, für den Sozialstaat lohnt sich unser Einsatz.

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der die Menschen von ihrer Arbeit auch leben können, die die Menschen nicht in Armut abdrängt, sondern sie vor Absturz schützt, an der alle auf Augenhöhe teilhaben.

Deshalb werden wir weiter gegen Entlassungen kämpfen, für gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat!

Vielen Dank.